

Bardt, Hubertus

Research Report

Höhere Nato-Quote wird erfüllt: Mit 334 Milliarden Euro Krediten

IW-Kurzbericht, No. 54/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus (2025) : Höhere Nato-Quote wird erfüllt: Mit 334 Milliarden Euro Krediten, IW-Kurzbericht, No. 54/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/320469>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Höhere NATO-Quote wird erfüllt – mit 334 Milliarden Euro Krediten

Hubertus Bardt, 25.06.2025

Für die zukünftige Verteidigungsfinanzierung sind zwei zentrale Entscheidungen gefallen. Zum einen wurde im Vorfeld des NATO-Gipfels in Den Haag ein neues Ausgabenziel des Verteidigungsbündnisses beschlossen. Zum anderen hat die Bundesregierung einen neuen Haushaltsentwurf vorgelegt. Deutschland wird den Aufwuchs der Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren entsprechend der NATO-Vereinbarung erreichen – aber zu zwei Dritteln über verteidigungsbedingte Kredite finanzieren.

Im Vorfeld des diesjährigen NATO-Gipfels in Den Haag haben die Mitglieder sich darauf verständigt, in den nächsten Jahren ihre jeweiligen Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Für Deutschland und die EU als Ganzes, die jeweils gerade das 2014 vereinbarte NATO-Ziel von 2 Prozent (NATO, 2014) erreicht haben, bedeutet das eine Steigerung um das Zweieinhalbfache. Würde das 5 Prozent-Ziel schon dieses Jahr gelten, müssten die deutschen Verteidigungsausgaben um 118 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr ansteigen.

Unklar ist, welche bestehenden Infrastrukturaufwendungen in Zukunft als militärisch relevant auf das neue Ausgabenziel angewendet werden dürfen. Da aber auch die bisherigen Anrechnungen nicht sehr transparent sind und die Länder versuchen, ihre Aufwendungen möglichst umfangreich dazustellen, dürften auch jetzt schon Zweifelsfälle in die jeweilige NATO-Quote

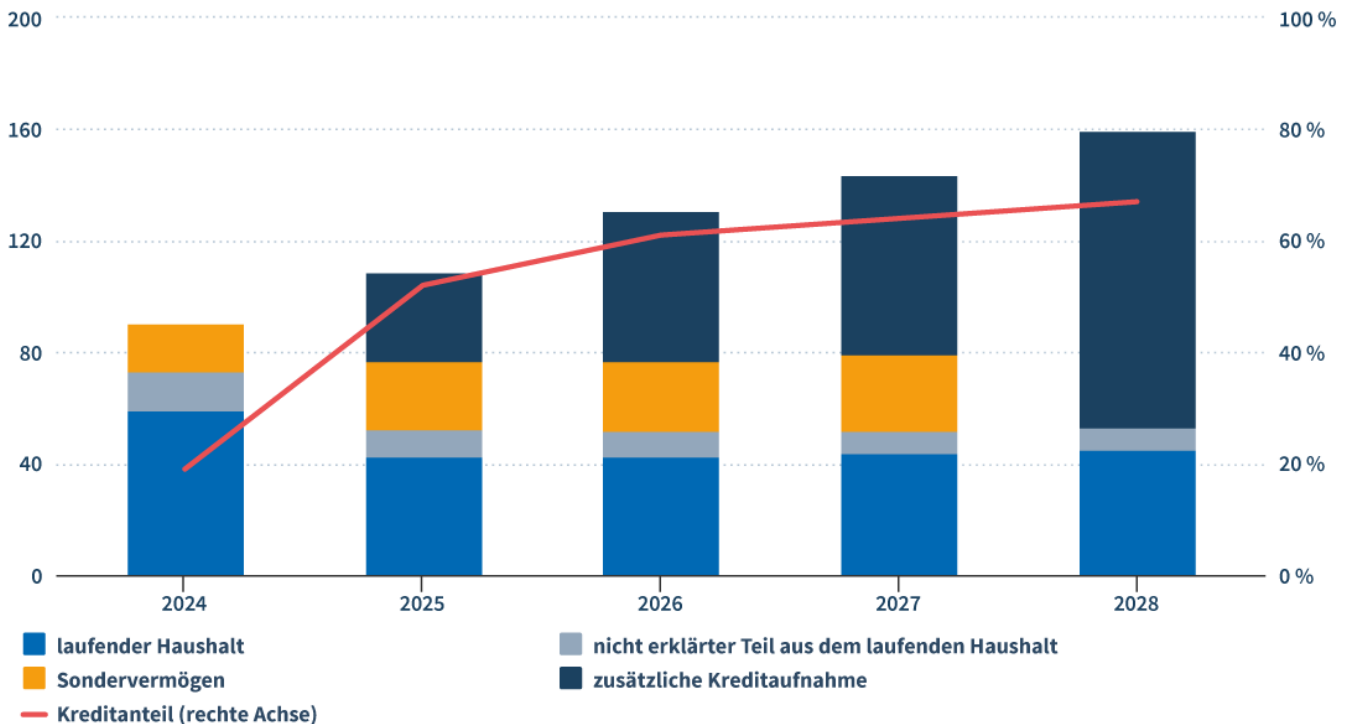
einfließen. Es ist also damit zu rechnen, dass die Erhöhung im Wesentlichen durch Mehrausgaben und nicht durch Umbuchung erreicht werden muss.

Während das 5 Prozent-Ziel schon seit einiger Zeit im Gespräch ist, ist das Zieljahr neu. Der Wert soll bis 2035 erreicht werden. Wenn der Anstieg bis dahin linear erfolgen soll, bedeutet das für Deutschland eine Steigerung um gut 1 Prozent des BIP oder 58 Milliarden Euro auf 3,2 Prozent bis zum Ende der Legislaturperiode 2028. Für den Zeitraum bis zur nächsten Bundestagswahl summieren sich die minimalen Mehrausgaben zur Zielerreichung gegenüber dem 2024er-Level damit auf 143 Milliarden Euro.

Die Bundesregierung plant in ihrem aktuellen Haushaltsentwurf und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 einen deutlichen Anstieg der Verteidigungsausgaben. Diese setzen sich aus mehreren Elementen zusammen: Der größte Teil der Aufwendungen kommt aus dem Finanzplan des Verteidigungsministeriums. Dieses steigt von 52 Milliarden im Jahr 2024 auf fast 137 Milliarden im Jahr 2028. Nach der bisherigen Finanzplanung der Ampel-Koalition wäre der Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren nominal konstant geblieben – was einer realen Kürzung entsprochen hätte. Ein weiterer Haushaltstitel sind die Hilfen für die Ukraine, für die zuletzt 7,5 Milliarden Euro vorgesehen waren. Dieser Wert soll mit 8,5 Milliarden in den Folgejahren versteigt werden. Als temporärer Posten stand zudem das

Deutsche Ausgaben für Verteidigung

In Milliarden Euro, Anteil der Kreditfinanzierung in Prozent



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis BMF

2022 nach dem russischen Überfall auf die Ukraine aufgelegte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Verfügung. 2024 waren hieraus gut 17 Milliarden Euro vorgesehen, in den nächsten Jahren sind es rund 25 Milliarden Euro jährlich. Danach wird das Sondervermögen Bundeswehr aufgebraucht sein. 2028 fällt der hieraus generierte Finanzierungsbeitrag auf Null. Schließlich bleibt ein Rest von zuletzt 14 Milliarden, der über den Verteidigungshaushalt hinausgeht und dennoch als Verteidigungsausgaben an die NATO gemeldet wurden (Bardt, 2025).

In Summe plant die aktuelle Bundesregierung mit einem Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 3,3 bis 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr der nächsten Wahlen im Jahr 2028. Bei einem linearen Anstieg des NATO-Ziels von 2 Prozent im Jahr 2024 auf 5 Prozent im Jahr 2035 wären zum Ende der Legislaturperiode nur 3,2 Prozent fällig. Die Bundesregierung plant also die Einhaltung der NATO-Vorgaben inklusive eines gewissen Sicherheitsabstands. Nachdem das frühere 2-Prozent-Ziel nur sehr halbherzig verfolgt und erst im Jahr 2024 erreicht wurde, ist das ein deutliches

Bekenntnis zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Neuregelung der Schuldenbremse. Die neue Schuldenregel führt dazu, dass die meisten Ausgaben über 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über Kredite finanziert werden dürfen. Damit müssen Mehrausgaben für die äußere Sicherheit (inklusive Geheimdiensten, Zivil- und Bevölkerungsschutz, IT-Sicherheit und Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten über Kredite finanziert werden, ohne dass dies auf die Grenzen der Schuldenbremse angerechnet wird.

Laut der aktuellen Haushaltsplanung ergeben sich daraus zwei Konsequenzen. Zum einen steigt der Anteil der Kreditfinanzierung aus Verteidigungsgründen massiv an. 2024 wurden noch 19 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben über die Schuldenbremse mit Krediten finanziert. 2028 wird der Anteil nach Ende des Sondervermögens im Rahmen der Ausnahme von der Schuldenbremse bereits bei 67 Prozent liegen. In absoluten Größen steigt die Kreditaufnahme von 17 auf 107 Milliarden Euro. In Summe wird während der Legislaturperiode 334 Milliarden Euro für die Verteidigung durch

zusätzliche Schulden finanziert – 257 mehr als bereits durch das Sondervermögen beschlossen. Auch in der Tendenz ist nicht zu erkennen, dass die äußere Sicherheit als Daueraufgabe wieder stärker durch die laufenden Steuereinnahmen finanziert werden soll. Perspektivisch wäre dies jedoch anzustreben, um nicht dauerhaft auf eine Neuverschuldung von über 100 Milliarden Euro pro Jahr angewiesen zu sein.

Zum anderen wird durch die Kreditaufnahme der laufende Haushalt entlastet. Aus den laufenden Einnahmen werden 2025 und in den Folgejahren rund 20 Milliarden Euro weniger finanziert. In der gesamten Legislaturperiode werden damit Ausgaben in Höhe von 84 Milliarden Euro, die bisher aus laufenden Steuereinnahmen finanziert werden mussten, in die Kreditaufnahme verschoben. Die Ausnahme von der Schuldenbremse war aber nicht dafür gedacht, weniger laufenden Anstrengungen vornehmen zu müssen, sondern um eine glaubwürdige Finanzierung der militärischen Abschreckung gewährleisten zu können.

Literatur

Bardt, Hubertus, 2025, Verteidigung reißt Finanzierungslücken, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Bundesministerium der Finanzen / BMF, 2025, 2. Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und der Eckwerte 2026 bis 2029, Berlin

NATO, 2014, Wales Summit Declaration, Brüssel